

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 9, September 2012)

**Macht schneller nur, sie sterben uns sonst dahin.**  
*Friedrich von Bodelschwingh (1831-1910)*

### Leiharbeit und Ausgliederung in diakonischen Sozialunternehmen: Der "Dritte Weg" zwischen normativem Anspruch und sozialwirtschaftlicher Realität (Studie der Hans-Böckler-Stiftung)

Aus dem 116 Seiten umfassenden sehr gründlichen Abschlussbericht dieser Studie zitieren wir hier schlussfolgernde Auszüge:

Das Fazit dieser Studie lässt sich dahin gehend zusammenfassen, dass der "Dritte Weg" als "gelebte Dienstgemeinschaft" in der Praxis faktisch obsolet ist. Er folgt in der sozialunternehmerischen Wirklichkeit den Gesetzmäßigkeiten der gesamten Sozialbranche und die ist von den herrschenden Refinanzierungsbedingungen bestimmt und nicht von Glaubens- bzw. Wertebesonderheiten. Große Teile der Mitarbeitervertretungen der Diakonie fordern deshalb den Übergang zu Tarifverhandlungen und einen Tarifvertrag Soziales als Bremse der herrschenden Konkurrenzbedingungen. Insofern wäre ein Tarifvertrag Soziales unter Einschluss der Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte nicht nur ein Gewinn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Diakonie, sondern auch für die Stellung der Diakonie als sozialer Dienstleistungsanbieter in einem durch Kostenkonkurrenz bestimmten Markt, der machtvoll und durchsetzungsfähige Strukturen der Interessenvertretung mehr als erforderlich macht.

*Unter der Überschrift „Forschungsperspektiven“ steht im Studienbericht:*

Die Ergebnisse dieser Studie geben ungeachtet dieses Tatbestands eine Fülle von Hinweisen auf Praktiken, die in nahezu allen landeskirchlichen diakonischen Werken eklatante Verstöße gegen die selbst gesetzten Prinzipien des Dritten Wegs verdeutlichen. Es wäre wünschenswert, wenn in breiterem Umfang, als dies im Rahmen der vorliegenden explorativen Studie geschehen konnte, auch die Geschäftsführungen der einzelnen diakonischen Träger und Einrichtungen einer repräsentativen Befragung zustimmen würden. Gegenwärtig hat nicht nur der Spitzenverband erhebliche Probleme, aussagefähige Daten bei seinen Mitgliedern zu erheben; viele Geschäftsführungen weigern sich, ihre Strukturen transparent zu

machen, obwohl sie normativ gleichzeitig behaupten, in den Koordinaten des Dritten Wegs zu handeln.

Die Ergebnisse unserer explorativen Studie sollen zum Dialog anregen. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Dialog auf der Basis von empirischen Fakten und nicht ideologischen Konzepten geführt würde. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen ver.di und der Diakonie zeigen, dass ideologische Verhärtungen für die Gestaltung der Zukunft der Sozialwirtschaft wenig Ziel führend sind. Die Sozialwirtschaft bedarf mit Blick auf ihre Personal- und Organisationspolitik einer ordnungspolitischen Korrektur – und die Verbände täten gut daran, hierfür die vorliegenden Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

#### Anmerkung:

Die vollständige Studie kann im Internet unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

[http://www.boeckler.de/pdf/pm\\_fof\\_2012\\_07\\_11.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_fof_2012_07_11.pdf)

### Diakonie kürzt Löhne für Pflegehelfer

**Die Diakonie in Nordrhein-Westfalen hat ein neues Tarifsystem eingeführt. Künftig werden bis zu 166 Euro weniger gezahlt. Gewerkschafter sind empört.**

DÜSSELDORF Neueingestellte Altenpflegehelferinnen erhalten bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe künftig deutlich weniger Gehalt als bisher. Die neue Tarifregelung sieht vor, dass die Kräfte in eine neue, niedrigere Entgeltstufe eingruppiert werden. Die Herabstufung macht bei langjährig Beschäftigten einen Gehaltsunterschied bis zu 166 Euro im Monat aus, kritisierte die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Der Umgang mit den Mitarbeitern sei "unanständig". beklagte Verdi-Chef Frank Bsirske und verlangte ein Streikrecht für die Diakonie-Mitarbeiter, „um Übergriffe ihres Arbeitgebers abzuwehren“.

Man könne die Arbeit mit Pflegebedürftigen und verwirrten alten Menschen nicht genug wertschätzen, sagte Sylvia Bühler, Verdi-Expertin für Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen im Landesbezirk NRW. „Die Pflegehelferinnen sind oft die ersten Ansprechpartner der Bewohner in den Pflegeheimen,“ fügte Bühler hinzu. Pflegerinnen, die schon bei der Diakonie arbeiten, behalten ihren Lohn bis auf Weiteres. Bei künftigen Lohnerhöhungen werden sie jedoch benachteiligt.

Eine Sprecherin der Diakonie rechtfertigte die Kürzungen: Der Unterschied zwischen der Bezahlung von Helferinnen und qualifizierten Kräften sei zu gering gewesen. Mit dem neuen System reagiere man auf den Kostendruck der Konkurrenz aus der Privatwirtschaft. Von den Lohnsenkungen bei der Diakonie sind auch andere Berufsgruppen wie Gärtner und Hauswirtschafterinnen betroffen. Sie werden bei langjähriger Beschäftigung künftig bis zu 407 Euro weniger im Monat erhalten.

In der Landespolitik löste die Neuregelung unterschiedliche Reaktionen aus. Karl-Iosef Laumann, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, kritisierte die Tarifsenkung: „Die Diakonie fordert ja immer eine höhere gesellschaftliche Anerkennung der Pflege“, sagte er. „Ich würde mir wünschen, dass sich das im Lohn der eigenen Mitarbeiter widerspiegelt“, betonte Laumann. Die Wertschätzung von Erwerbsarbeit drücke sich auch durch ihre Bezahlung aus. „Ich gehe davon aus, dass die Diakonie als privilegierter Wohlfahrtsverband hier glaubwürdig bleiben will“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Sigrid Beer, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, erklärte, durch die neuen Entgeltgruppen solle die Ausgliederung einfacher Dienstleistungen vermieden werden. „Ob die erhofften Effekte erzielt werden, muss genau beobachtet werden“, sagte Beer.

Bislang verbietet das Arbeitsrecht der Kirchen („Dritter Weg“) den Mitarbeitern zu streiken. Im November wird das Bundesarbeitsgericht entscheiden, ob das so bleibt.

#### INFO

Die **Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe** erstreckt sich über NRW, Teile von Rheinland-Pfalz, des Saarlands und Hessens.

Sie umfasst 4900 evangelische **Sozialeinrichtungen**, in denen 130000 Mitarbeiter tätig sind.

Von der Neuregelung sind rund **9500 Helferinnen** in der Pflege betroffen. Das **Eingangsgelalt** einer Helferin liegt für neu eingestellte Kräfte bei 1820 Euro brutto.

aus: „Rheinische Post“ vom 04.08.2012

### Die Reichen sollen mehr für den Sozialstaat zahlen

**Bündnis aus Attac, Gewerkschaften und Sozialverbänden will höhere Steuern für Reiche.**

**Bsirske: "Zeit ist reif für die Umverteilung".**

BERLIN . Reiche sollen mit einer einmaligen Vermögensabgabe an den Kosten der Krise beteiligt werden und zudem höhere Steuern zahlen, um den Sozialstaat zu erhalten. Mit dieser Forderung trat am Freitag in Berlin zum ersten Mal das **„Bündnis Umfairteiler“** an die Öffentlichkeit. Die „brutale Kürzungspolitik In ganz Europa“ treffe allein die Schwachen und gefährde den sozialen Frieden erklärte Jutta Sundermann von Attac Deutschland, die Initiatorin des Bündnisses. Die Mehrheit der Bevölkerung sei nicht länger bereit, die wachsende Ungleichheit zu akzep-

tieren. Linkspartei und SPD unterstützen die Forderungen.

Dem Trägerkreis des Bündnisses gehören Gewerkschaften, Sozialverbände, religiöse Gruppen und Nichtregierungsorganisationen an. Parteien sind nicht dabei. Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, Frank Bsirske, und der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Ulrich Schneider, wollten sich indes nicht auf die Höhe der Forderungen festlegen lassen. In dem Bündnis gebe es eine breite Spanne, sagte Bsirske.

Der Ver.di-Chef nannte aber Vorschläge. So plädierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für eine einmalige Vermögensabgabe von zehn Prozent der Vermögen, verteilt auf zehn Jahre. Damit seien in dieser Zeitspanne 280 Milliarden Euro einzunehmen, sagte Bsirske. Unlängst hatte auch DGB-Chef Michael Sommer den DIW-Vorschlag übernommen und die Vermögensabgabe politisch in die Diskussion gebracht. „Die Zeit ist reif für Umverteilung“, sagte Bsirske.

In Deutschland besitzen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel aller Vermögen. Die Vermögen und Kapitalerträge sind in den vergangenen zehn Jahren sprunghaft gestiegen, während die Arbeitslöhne jahrelang real sanken und erst in den vorigen beiden Jahren leicht angehoben wurden. Nach Angaben des Bündnisses beläuft sich das Privatvermögen in Deutschland auf acht Billionen Euro. Die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung seien höher als die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen zusammen, so das Bündnis.

aus: „Hamburger Abendblatt“ vom 03.08.2012

Schade! Leider sind Diakonie und Kirche bisher nicht an dem Bündnis beteiligt. Einzelheiten findet man unter <http://umfairteilen.de>.

Walter Hamann

Für unsere Themen „ungerechte Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ und andere Probleme am Arbeitsplatz suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eueres Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung? Vertraulichkeit wird zugesichert.

Erfahrungen bitte an [mathias.mees@web.de](mailto:mathias.mees@web.de)

**Bin ich nur ein Gott, der nahe ist, spricht der Herr, und nicht auch ein Gott, der Ferne ist?**

(Monatsspruch September 2012 aus Jeremia 23,23)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **24.09.2012** und am **15.10.2012** jeweils von **18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen. Über Anregungen und über Kritik für das Info-Blatt und die Arbeit unseres Konvents würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg